

## Änderungen notwendig: Sozialsystem Schritt für Schritt umkrepeln

**Sozialleistungen** Die staatlichen Transferleistungen und Subventionen an Private sind in den Jahren zu einem unüberschaubaren Dickicht herangewachsen, darüber herrschte im Landtag weitgehend Einigkeit. Verschiedene Ansichten gab es aber zu möglichen Lösungen.

VON DANIELA FRITZ

Könnte die Regierung heute auf der grünen Wiese ein Sozialsystem entwerfen, würde dies sich mit Sicherheit anders präsentieren als das derzeitige, betonte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, in dessen Ministerium knapp zwei Jahre lang an der Ausarbeitung des FBP-Postulats zur Überprüfung der Subventionen und Transferleistungen an Private gearbeitet wurde (das «Volksblatt» berichtete). Die 109 Seiten umfassende Antwort, in welcher nicht nur 27 verschiedene Sozialleistungen aufgezählt werden, sondern ebenfalls auf ihr Missbrauchspotenzial und mögliche Verbesserungen eingegangen wird, wurde gestern auch grösstenteils von den Abgeordneten goutiert.

Kritik kam von Thomas Lageder von der Freien Liste (FL), welcher zwar die «Mammutaufgabe» hinter der Postulatsbeantwortung anerkannte, sich gleichzeitig aber enttäuscht über die Ausführung zeigte. Die Regierung habe dabei wenig Enthusiasmus an den Tag gelegt und komme über eine

Auflistung der Sozialleistungen nicht hinaus. Vielmehr hätte er sich gewünscht, dass verschiedene Subventionen zusammengefasst und

miteinander kumuliert worden wären. «Im Postulat fehlt ein Fokus. Deshalb weiss ich auch nicht, was mit den Ergebnissen der Postulatsbeantwortung anzufangen ist», meinte Lageder.

### **Kleine Schritte, statt riesiges Paket**

Anders sah dies jedoch der FBP-Abgeordnete Gerold Büchel. Die einzelnen Leistungen in ein «Super-Paket» zu packen, sei die falsche Herangehensweise. Die Postulatsbeantwortung stelle lediglich einen ersten Schritt dar und habe vor allem eines gezeigt: «Dass hier Handlungsbedarf besteht und eine Vereinheitlichung und Vereinfachung notwendig ist.» Dieser Meinung schlossen sich auch die meisten Abgeordneten an.

An Ideen, in welche Richtungen die nächsten Schritte gehen könnten, mangelte es in der gestrigen Landtagsdebatte nicht. So würden etwa die Abgeordneten Thomas Vogt (VU) und Wolfgang Marxer (FL) schon bei der Bemessungsgrundlage ansetzen.

Je nach Leistung würden sich diese extrem unterscheiden: Wo manchmal das «Haushaltseinkommen» herangezogen wird, ist es andernorts der «Gesamterwerb», dann wieder das «zusätzlich Jahreseinkommen aus Mieteinnahmen».

In eine andere Kerbe schlugen die FBP-Politiker Manfred Batliner und

Elfried Hasler. «Durch die ausserordentlich hohe Anzahl an Grenzgängern ist Liechtenstein in einer sehr besonderen und mit kaum einem anderen Land vergleichbaren Situation», spielt Hasler auf den Umstand an, dass ein wesentlicher Teil der Sozialleistungen bei Empfängern im Ausland landet. Er forderte, dass Subventionen wenn möglich so ausgestaltet werden, dass diese nicht exportiert werden - was Regierungsrat Pedrazzini mit Verweis auf EWR-Recht und die damit zusammenhängende Diskriminierung jedoch sogleich in den Wind schlagen musste.

### **Ergänzungsleistungen erschleichen**

Erwartungsgemäss sorgte auch das Missbrauchspotenzial bei Ergänzungsleistungen der AHV/IV für Wortmeldungen. Obwohl die Regierung im Postulat unterstrich, dass der einmalige Kapitalbezug aus der zweiten Säule nicht als Missbrauch zu werten ist, konnte sich Wendelin Lampert (FBP) einen Verweis in die entsprechende Richtung nicht verkneifen. Schliesslich gebe es hier laut dem AHV-Direktor einen Zusammenhang. «Derzeit ist es kein Missbrauch. Die Frage ist nur, wie lange schaut die Politik diesem Treiben noch zu?», meinte Lampert. Tatsächlich könnte sich hier mit der Revision der betrieblichen Personalvorsorge schon bald etwas tun. Diese wäre auch ein erster Schritt in Richtung eines weniger dicht gewachsenen Transferdickichts.

«Hier herrscht Handlungsbedarf und eine Vereinheitlichung ist nötig.»

**GEROLD BÜCHEL**  
FBP-ABGEORDNETER

